



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des  
Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn Hendrik Hering  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz

18/3623

VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

ca. März 2023

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Marko Andelic  
marko.andelic@mdi.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-3210  
06131 16-17-3210

**Sitzung des Innenausschusses am 15. Februar 2023**

**TOP 11: Warntag am 8. Dezember 2022**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT  
- Vorlage 18/3268 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 15. Februar 2023 wurde zu TOP 11 „Warntag am 8. Dezember 2022“ schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Ebling

**Anlage**



**Sitzung des Innenausschusses am 15. Februar 2023**

**TOP 11: Warntag am 8. Dezember 2022**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT  
- Vorlage 18/3268 -

Die Innenministerkonferenz hat im Jahr 2019 beschlossen, die vorhandenen Warnsysteme des Bundes und der Länder – hier insbesondere auch die Warnsysteme der Kommunen – jährlich im Rahmen eines Probealarms zu testen. Ziel des bundesweiten Warntages ist es dazu beitragen, die Akzeptanz und das Wissen um die Warnung der Bevölkerung in Notlagen zu erhöhen und damit deren Selbstschutzfertigkeiten zu stärken. Wichtig ist dabei, dass der Warntag seitens der Warnverantwortlichen als Test an einer sehr hohen Belastungsgrenze der Systeme verstanden werden soll. Nur so können weitere Schwachstellen der Systeme erkannt und verbessert werden.

Rheinland-Pfalz engagierte sich – wie übrigens in den Vorjahren auch – zusammen mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und den Kolleginnen und Kollegen des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen bei der Erstellung des Auslösekonzeptes, welches die Grundlage für die bundesweite Erprobung der Warninfrastruktur bildete. Ziel des Auslösekonzeptes war es, die in Deutschland vorhandene Warninfrastruktur in einem abgestimmten Prozess auf allen staatlichen Ebenen zu erproben und damit die verbindliche Grundlage für eine einheitliche Umsetzung für alle Stellen auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene zu legen. In zwei Schreiben im Oktober und November 2022 hatte das Ministerium des Innern und für Sport (Mdi) bei den Aufgabenträgern des Katastrophenschutzes intensiv um eine Teilnahme beim Warntag geworben.

Die Kommunen entscheiden aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung in eigener Zuständigkeit, ob und wie sie sich am bundesweiten Warntag beteiligten. Eine Mitteilungspflicht gegenüber dem Land besteht hier nicht. Seitens der rheinland-pfälzischen Kommunen beteiligten sich rund 30 Kommunen am Warntag. Die Vorbereitung des Warntages wurde auch intensiv durch die Pressestellen des BBK, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und dem Mdi begleitet.



Nach dem abgestimmten Auslösekonzept löste der Bund am 8. Dezember um 11:00 Uhr alle an das Modulare Warnsystem (MoWaS) angeschlossenen Warnmittel und Warnmultiplikatoren aus. Dies umfasste insbesondere auch die Warn-Apps NINA, KATWARN und BIWAPP, die ebenfalls ausschließlich zentral über den Bund via MoWaS angesteuert wurden sowie das erstmals getestete Warnmittel „Cell Broadcast“. Die teilnehmenden Länder und Kommunen lösten parallel dazu alle weiteren verfügbaren und in Warnkonzepten der Länder und Kommunen vorgesehenen Warnmittel aus. Hier sind z. B. Lautsprecherdurchsagen, Verwaltungs-Websites, Behörden-Hotlines und Sirenen gemeint, wenn diese die Signale der „Bevölkerungswarnung“ und „Entwarnung“ senden können. Aus fachlicher Sicht empfahl das Land Rheinland-Pfalz den teilnehmenden Kommunen, beim Einsatz von Sirenen nur die Sirensignale „Warnung der Bevölkerung“ und „Entwarnung“ zu verwenden. Grund für die zentrale Auslösung der Warnmultiplikatoren und Warnmittel durch den Bund war die Erprobung der Funktionsfähigkeit der bundesweiten Auslösung unter realistischen Bedingungen. Um 11:45 Uhr sendeten das BBK und alle Behörden eine Entwarnung. Das Mdl und die ADD standen sowohl mit dem Bund als auch mit den Kommunen in ständiger Verbindung. Die Kommunen erhielten auf diese Weise Informationen des Bundes über den Warntag – auch für ihre Öffentlichkeitsarbeit – und konnten sich mit Fragen jederzeit an das Land wenden.

Die Auslösung der Warnmittel und -multiplikatoren wurde durch das BBK dokumentiert. Hierdurch sollte die Wirksamkeit der Maßnahmen ermittelt und eine Grundlage für die Auswertung zur Fortschreibung der Konzeption gesetzt werden. Das BBK schuf zudem die Möglichkeit einer Rückmeldung der Benutzerinnen und Benutzer über die Warn-App „NINA“ als auch über die Website „[warnung-der-bevoelkerung.de](http://warnung-der-bevoelkerung.de).“ Weiterhin wurden eine Medienresonanzanalyse und eine randomisierte Erhebung in der Bevölkerung mittels schriftlicher und telefonischer Befragung beauftragt, um die Wirkung der Warnung sowie der Warnmittel zu analysieren. Mit zwei weiteren Fragebögen wurde das Feedback der Warnmultiplikatoren als auch der Innenministerien der Länder im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung des Bundesweiten Warnings und die Prozesse der Zusammenarbeit erhoben.



Für das Land Rheinland-Pfalz konnte als Fazit festgehalten werden, dass der Warntag 2022 zeigte, dass die an das Modulare Warnsystem des Bundes angeschlossenen Warnmultiplikatoren und Warnmittel inklusive des neuen Warnkanals Cell Broadcast grundsätzlich gut funktioniert hatten. Negativ war, dass KATWARN erst ab 11:12 Uhr, teilweise erst 11.20 Uhr warnte, obwohl die MoWaS-Auslieferung seitens des BBK pünktlich erfolgt war. Grund war nach Aussage des Fraunhofer Instituts die große Empfängerzahl. Die Entwarnung hatte über NINA und KATWARN funktioniert. In Cell Broadcast war wegen des Probealarms keine Entwarnung vorgesehen. Je nach Verfügbarkeit vor Ort wurden Warnungen auch über Sirenen oder Lautsprecherwagen abgegeben. So hatte die Stadt Mainz ihre Sirenen beispielsweise erfolgreich getestet (Warnung und Entwarnung), auch die Städte Landau, Koblenz, Trier und Zweibrücken sowie die Verbandsgemeinde Offenbach a.d. Queich meldeten erfolgreiche Tests. Eine abschließende Auswertung des Warntages durch den Bund liegt derzeit noch nicht vor.